

**Antrag**

**der Abg. Karl Rombach CDU u.a.**

**Zukunft der Schafhaltung in Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen,

zu berichten,

1. welche politischen Initiativen mit welchen Begründungen ergriffen wurden, um die Fördermöglichkeit einer Weideprämie zu realisieren;
2. welche Fördermittel künftig dem einzelnen Schaftierhalter zur Verfügung stehen können und welche Voraussetzungen hierfür zu erfüllen sind;
3. in welchem Umfang Flächen in Baden-Württemberg ausschließlich durch Schafbeweidung bewirtschaftet werden;
4. wie viele hauptamtliche schafhaltende Betriebe es in Baden-Württemberg gibt und wie sich die Entwicklung der letzten 15 Jahre darstellt;
5. wie sich die Entwicklung der Nutztierzahlen in Baden-Württemberg der letzten 15 Jahre darstellt;
6. wie sich nach ihrer Kenntnis die Strukturen der Nutztierhaltung (Tierbesatz je ha, Anzahl Nutztierhalter, Anzahl Tiere) in Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich in den letzten 15 Jahren entwickelt haben, und wie es um die Wettbewerbsfähigkeit der tierhaltenden Betriebe bei weiterer Anhebung von Standards für die Nutztierhaltung bestellt wäre;
7. wie mit Blick auf die De-Minimis-Regelung sichergestellt werden kann, dass den aktiven Schafhaltern durch nachhaltige Bewirtschaftung von Hanglagen im Sinne des Naturschutzes keine berechtigten Ausgleichszahlungen verlorengehen, z. B. für Agrar-Diesel, Tiergesundheit, etc.;
8. wie sie im Hinblick auf eine wirkungsvolle Naturschutzpolitik den umgerechneten Stundelohn eines freiberuflichen Schäfers von 4,27 Euro (Südkurier, 23.03.2015, S.23) mit der Befürwortung eines Mindestlohns von 8,50 Euro vereinbart;
9. welchen konkreten Nutzen die 28 Landschaftserhaltungsverbände über Beratung hinaus für die Schäfer bieten.

Rombach, Burger, Locherer, Rapp, Reuther, Traub, CDU

B e g r ü n d u n g

Die Schäferei in Baden-Württemberg schwindet immer mehr. Dies hat Folgen für unsere Natur und insbesondere für unsere prägenden Kulturlandschaften. Dem seit Jahren anhaltenden Negativtrend gilt es gegenzusteuern. Hierzu soll wegen möglicher Unterstützungsleistungen die Position der Landesregierung erfragt werden.